

Das System der Apartheid in Israel

Ein dringender Aufruf
an die Kirchen in aller Welt, Gerechtigkeit zu üben

(Vor der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2022)

zusammengestellt von



Dieser Text ist dem Gedenken an unseren geschätzten Weggefährten und Mitglied des Globalen Kairos für Gerechtigkeit, Dr. Kim Yong-Bock (1938-2022), gewidmet

Kairos Palästina-Solidaritätsnetz in Deutschland

Übersetzt aus dem Englischen von Giselher Hickel unter Verwendung von:

<https://www.deepl.com/Translator>

V.i.S.d.P.: Kirchenrat i.R. Ernst-Ludwig Vatter, Im Lutzen 5# 73773 Aichwald#

Tel: 0711 7657996# welvatter@arcor.de

Bestelladresse: Christoph Rinneberg # Im Höhlchen 16#64372 Wembach# Tel. 06154-2698#

Christoph.Rinneberg@t-online.de

Preis des Einzelhefts: 2 Euro Ab 10 Exemplare: 1.50 Euro

Inhaltsverzeichnis am Schluss S. 27

Einführung

Schwestern und Brüder in Christus,

Wir, Mitglieder von Kairos Palästina und Global Kairos for Justice, haben hier eine theologische Studie für Christen und zivilgesellschaftliche Organisationen erstellt, die mehr über das Verbrechen der *Apartheid* erfahren wollen. Darin wollen wir erklären, warum PalästinenserInnen und eine wachsende Zahl von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen dieses Wort verwenden, um die Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch den Staat Israel zu beschreiben.

In diesem Dossier finden Sie: eine klare Beschreibung von Apartheid und wie Israels Gesetze, Politik und Praktiken deren internationaler Definition entsprechen; eine biblisch-theologische Betrachtung, die die Sünde der Apartheid beschreibt; einen dringenden Aufruf an die weltweite Kirche, die Bitten der palästinensischen Christen zu hören; und eine Liste empfohlener Maßnahmen. Ebenfalls enthalten sind kurze Zusammenfassungen von und Links zu vielen der unten zitierten Berichte, Erklärungen von Kirchen, Glaubensgemeinschaften und internationalen Führungspersonlichkeiten (einschließlich prominenter israelischer Juden) sowie eine kurze Bücherliste.

Wir rufen die Kirchen in aller Welt auf, dieses Dossier gründlich zu studieren sowie auf die Beweise und den Aufruf zur Gerechtigkeit zu reagieren. Es ist unsere Hoffnung, dass diese Studie die weltweite Kirche dazu befähigen wird, sich zu erheben und sich den palästinensischen ChristInnen anzuschließen, wenn wir uns dafür einsetzen, Israels Apartheidregime um aller Menschen willen, die im Heiligen Land leben, zu beenden.

+ *Emeritierter Patriarch Michel Sabbah*

Vorsitzender von Kairos Palästina

Rifat Kassis Kassis

Generalkoordinator: Globale Kairos-Koalition für Gerechtigkeit

Teil 1: APARTHEID: Definition

Drei wichtige Dokumente definieren das Verbrechen der Apartheid und beschreiben seine Merkmale: Die Genfer Konventionen, das Internationale Übereinkommen über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (Anti-Apartheid-Konvention) und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs.

Artikel 85, 4c der *Genfer Konvention* bezeichnet die Praxis der Apartheid als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie stellt ausdrücklich fest, dass "die Anwendung des Systems der Apartheid einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt". Das *Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid* definiert Apartheid als "unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken". Das *Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH)*, Artikel 7, 2, beschreibt Apartheid als „unmenschliche Handlungen ..., die von einer rassischen Gruppe im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer rassischer Gruppen in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten“. Im Mandat des IStGH ist die Apartheid als Teil seiner Strafgerichtsbarkeit aufgeführt.

Drei Voraussetzungen für den Nachweis des Verbrechens der Apartheid

Eine sorgfältige Analyse der Dokumente zeigt drei entscheidende Elemente auf, die notwendig sind, um das Verbrechen der Apartheid und seine Paradigmen zu definieren: 1) Die Einführung eines Systems der Trennung oder Segregation auf der Grundlage von Rasse, Glaube oder ethnischer Zugehörigkeit mit der Absicht, die Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten, ist das erste Element, das das Verbrechen der Apartheid ausmacht; 2) die Anwendung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Durchsetzung der Trennung und Segregation, wodurch diese Trennung aus dem eigenen Rechtssystem heraus legalisiert wird; 3) das Begehen unmenschlicher Handlungen, Menschenrechtsverletzungen, Verweigerung von Freiheiten und zwangsweise Ghettoisierung, d. h. die Anwendung von Methoden zur Einführung und Durchsetzung der Trennung im Rahmen der jeweiligen Regierungspraxis.

Die Identifizierung dieser drei Elemente der israelischen Apartheid war in der Vergangenheit leicht aufgrund der Feststellung, dass zwei Bevölkerungsgruppen auf demselben Territorium und unter derselben hoheitlichen Gewalt unter ganz unterschiedlichen Bedingungen leben. Jüdische Siedler, die in Siedlungen im Westjordanland wohnen, leben unter einem völlig anderen rechtlichen, administrativen und wirtschaftlichen Regime als die Palästinenser im Westjordanland. Heute ist die Situation aber viel komplizierter. Das Apartheid-Regime hat sich zu etwas entwickelt, was weitaus beunruhigender ist. Die Bezeichnung Apartheid trifft nicht mehr nur auf die besetzten, 1967 einverleibten Gebiete zu, sondern auf das gesamte Gebiet, das sich vom Jordan bis zum Mittelmeer erstreckt.

Es ist in jeder Hinsicht deutlich, dass zwischen Fluss und Meer Israel dem entspricht, was nach internationalem Recht als Verbrechen der Apartheid definiert ist. Sowohl durch die Gesetze, die der Staat verabschiedet hat, als auch durch seine unmenschlichen Praktiken arbeitet Israel aktiv an der Förderung der Trennung und Segregation durch ein tendenziöses Rechtssystem, das einer Gruppe auf Kosten der anderen besondere Rechte und Privilegien einräumt, um seine Vorherrschaft zu erhalten. Für einen israelischen Juden gibt es in ganz Israel und im Westjordanland keine Restriktionen bezüglich der Freizügigkeit oder Einschränkungen bei der Wahl des Wohnortes,

während Israel die Wahlmöglichkeiten für Palästinenser einschränkt. Israelische Juden stehen bestimmte Rechte, Verwaltungsstrukturen und Privilegien zu, z. B. hinsichtlich Bildung, Sozial- und Gesundheitsleistungen, die den Palästinensern nicht gewährt werden.

Vier weitere Merkmale der israelischen Apartheid

Vier weitere die von Israel praktizierte Apartheid kennzeichnende Besonderheiten gelten nur für die palästinensische Bevölkerung, nicht jedoch für Juden aufgrund ihrer jüdischen Identität. Alle vier Merkmale sind als Gesetze und Militärverordnungen verfügt und sind Teil eines ausgefeilten Systems von Gesetzen und ihrer Anwendung durch die israelischen Behörden, das zu einer repressiven und diskriminierenden Behandlung der palästinensischen Bevölkerung führt.

Fragmentierung

Israel hat nicht nur ein System der Trennung zwischen der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung geschaffen, es hat es auch geschafft, die palästinensische Gemeinschaft zu fragmentieren, indem es getrennte Identitäten geschaffen hat. Je nach Wohnort werden diesen geografischen "Gruppen" verschiedenfarbige Ausweise ausgestellt und unterschiedliche Vorrechte gewährt, um die palästinensische Bevölkerung zu manipulieren und Spaltung und Feindseligkeit zu erzeugen. Anders als Rechtsansprüche können diese Vorrechte leicht wieder entzogen werden.

In Israel lebende palästinensische Araber

Zur ersten Kategorie der Fragmentierung, an der Spitze der Skala, gehören die in Israel lebenden Palästinenser. Obwohl sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzen und gelegentlich in der Armee dienen, sind sie in Israel nicht völlig gleichberechtigt. Obgleich diese Palästinenser im Vergleich zu den in anderen Gebieten lebenden Menschen am meisten Rechte haben – zum Beispiel das Wahlrecht bei Parlamentswahlen –, haben sie wenig bis gar keine politische Macht. Mit der Verabschiedung des israelischen Nationalstaatsgesetzes im Jahr 2018 definierte sich Israel ausschließlich als Staat der Juden, nicht als Staat aller seiner Bürger. Was die in Israel lebenden Palästinenser bislang als de-facto-Diskriminierung erlebten, wurde zur de-jure-Diskriminierung. Darüber hinaus gibt es etwa 63 Gesetze, die Juden Rechte einräumen, die den palästinensisch-arabischen Bürgern des Staates verwehrt werden.

In Ost-Jerusalem lebende Palästinenser

Die zweite Kategorie der Fragmentierung betrifft die 300.000 palästinensischen Bewohner Ostjerusalems. Sie erhielten 1967 nach der illegalen Annexion Jerusalems den Status von „Einwohnern“. Im Gegensatz zu den 48er Palästinensern, die im Staat Israel leben, sind die palästinensischen Jerusalemer „Einwohner“, aber keine „Bürger“ Israels. Für sie gelten zwar die israelischen Gesetze und die israelische Verwaltung, aber sie können nicht an den israelischen Wahlen teilnehmen. Eine der größten Bedrohungen für diese Palästinenser ist der Verlust ihres Aufenthaltsrechts in Ostjerusalem. Sollten sie riskieren, sich zeitweilig in Bethlehem oder Ramallah oder in den Außenbezirken Jerusalems aufzuhalten, laufen sie Gefahr, ihren Status als „Einwohner“ zu verlieren, der von Israel als Privileg und nicht als Recht angesehen wird. Ostjerusalemer haben zwar weniger Rechte als die palästinensischen Bürger Israels, aber mehr als die Palästinenser, die im Westjordanland leben. Ein Privileg ist der Zugang zum System der Gesundheitsversorgung.

Im Westjordanland lebende Palästinenser

Im Westjordanland leben etwa drei Millionen palästinensische Einwohner. Der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) wurden zwar einige Verwaltungsbefugnisse in den dicht besiedelten

Städten übertragen, jedoch unterliegt das gesamte Westjordanland der Gewalt, dem Zulassungssystem und den Gerichten der israelischen Militärregierung. Während die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) entschlossen beansprucht, ein „Staat im Entstehen“ zu sein – und daran arbeitet, Symbole und Auftreten von Staatlichkeit und Souveränität zu erlangen und zu behaupten –, behandelt Israel die PA weiterhin als Subunternehmen, weist ihr die Verantwortung für die Kontrolle der arabischen Bevölkerung im Westjordanland zu und entzieht sich seiner eignen völkerrechtlichen Verantwortung, Dienstleistungen zu erbringen.

In Gaza lebende Palästinenser

Die zwei Millionen Palästinenser, die im Gaza-Streifen leben, fallen unter die vierte Kategorie der Fragmentierung. Als die am stärksten benachteiligten Palästinenser leben sie an dem am dichtesten besiedelten Ort der Erde und leiden Mangel an sauberem Wasser, stabiler Stromversorgung und anderen Dienstleistungen. Seit 2005 hat Israel ein militärisches und wirtschaftliches Embargo gegen den Gazastreifen verhängt, aufgrund dessen Personen und Waren ohne Genehmigung Israels weder hinein noch hinaus kommen. Darüber hinaus behält sich Israel die militärische Kontrolle vor über den Luftraum und die Küste des Gazastreifens. Damit hat Israel das geschaffen, was von vielen als ein Freiluftgefängnis bezeichnet wird.

Als eine weitere Kategorie der Fragmentierung können die palästinensischen Flüchtlinge hinzugefügt werden, die sich außerhalb Israels und der besetzten Gebiete aufhalten. Diese Flüchtlinge und ihre Nachkommen warten immer noch auf die Verwirklichung ihres Rechts, in ihre angestammte Heimat zurückzukehren. Sie haben in Palästina keinerlei Rechte. Selbst das Besuchsrecht wird ihnen oft verweigert. Im Gegensatz dazu ist jeder Mensch auf der Welt, der sich der jüdischen Religion anschließt, frei, nach Israel einzuwandern und dort zu leben, und er erhält dafür finanzielle und wirtschaftliche Anreize.

Allgegenwärtiges Genehmigungssystem

Neben Israels systematischer Fragmentierung des palästinensischen Volkes ist ein zweites charakteristisches Merkmal seiner Apartheid das allgegenwärtige Genehmigungssystem, das Israel eingeführt hat, um nahezu jeden Aspekt des privaten und öffentlichen Lebens zu lenken. Kontrollieren, wer wo eine Universität besucht, eine medizinische Behandlung in Anspruch nimmt, ein Geschäft aufsucht oder eines gründet und betreibt – dieses parteiische System schränkt die persönliche Freiheit, die wirtschaftliche Entwicklung und das natürliche Wachstum palästinensischer Dörfer und Städte ein. Ein willkürliches System von Genehmigungen und Lizenzen wird von der israelischen Militärbehörde im Westjordanland gesetzlich durchgesetzt. Einige dieser restriktiven Maßnahmen gelten auch für palästinensische Israelis und arabische Gemeinden in Israel.

Beschränkung von Wohnraum und Entwicklung

Ein drittes Merkmal der israelischen Apartheid ist die Einschränkung der Wahl des Wohnortes. Es reicht nicht aus, dass Israel jüdische israelischen Bürger besonders bevorzugt. Israel kontrolliert die Flächennutzungspläne, grenzt ein und bestimmt letztlich, wie und wo Palästinenser leben dürfen. Die Beschränkung des Wohnraums und der wirtschaftlichen Entwicklung ist in den arabischen Gebieten Israels und in Ostjerusalem deutlich sichtbar. Das gleiche restriktive Flächennutzungskonzept gilt auch für viele Teile des Westjordanlandes, insbesondere für die C-Gebiete, die 62 % des Westjordanlandes umfassen und in dem der jüdische Siedlungsbau auf Kosten des palästinensischen Wachstums sich weiter ausbreitet und wo den Palästinensern so gut wie keine Baugenehmigungen erteilt werden.

Kollektive Bestrafung

Ein viertes Merkmal der israelischen Apartheid ist der permanente Gebrauch der Kollektivstrafe. Unter Verstoß gegen das Völkerrecht sind Kollektivstrafen die Verhängung von Sanktionen, Restriktionen und/oder physischer Strafen gegen eine Gruppe von Menschen als Reaktion auf die Handlungen einer einzelnen Person. Israel bestraft regelmäßig palästinensische Städte, Gemeinden und Familien als Mittel der kollektiven Bestrafung. Das bekannteste Beispiel ist Gaza, wo die zwei Millionen Einwohner immer wieder für die Taten einiger weniger mit militärischen Gewaltmaßnahmen bestraft werden. Andere Beispiele sind die Zerstörung der Häuser von Familien mutmaßlicher Straftäter, sowie der unmittelbare Entzug von Genehmigungen und Vorrechten für eine Gruppe von Menschen.

Fazit

Eine gründliche Prüfung der Fakten vor Ort begründet eindeutig den Vorwurf des Verbrechens der Apartheid. Manche werden behaupten, die Bezeichnung Israels als Apartheidregime sei Ausdruck von Antisemitismus oder ein Versuch, den Staat Israel zu delegitimieren. Aber bis heute sind diejenigen, die die Aufmerksamkeit der Welt durch solche Behauptungen ablenken wollen, begründete Argumente, die die Fakten widerlegen, schuldig geblieben.

Israel als Apartheid-Regime zu bezeichnen, ist kein willkürlich gewähltes politisches Attribut, noch bedarf es eines Vergleichs mit Südafrika, vielmehr sind es die faktischen Gegebenheiten vor Ort, die den juristischen Strafbestand des Verbrechens der Apartheid erfüllen. Das liegt so deutlich auf der Hand, dass es nicht überrascht, wenn Israel mit Blick auf den Internationalen Strafgerichtshof besorgt ist und diejenigen Organisationen als „terroristisch“ bezeichnet, die sein Verhalten vor Ort sorgfältig dokumentieren, in Vorbereitung auf den Tag, an dem der IStGH diesen Fall verhandeln wird.

Teil 2:

APARTHEID: Berichte und Erklärungen, die Israels Schuld dokumentieren

Seit Jahrzehnten weisen zivilgesellschaftliche palästinensische Organisationen auf die Brutalität des israelischen Apartheidregimes hin. Im Lauf der Jahre haben dem einige international anerkannte Führungspersonlichkeiten beigeppflichtet, darunter US-Präsident Jimmy Carter und der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu. Doch in den letzten drei Jahren hat eine rasch wachsende Anzahl weltweit anerkannter Menschenrechtsorganisationen gründlich recherchierte Berichte veröffentlicht, in denen Israels Gesetze, seine Politik und Praktiken als Apartheid bezeichnet werden. Es ist wichtig festzuhalten, dass zwar jedem der folgenden Dokumente mehrfach "Antisemitismus" und die "Delegitimierung des Staates Israel" vorgeworfen wurde, dass aber die Anschuldigungen in diesen Berichten in keiner einzigen Erwiderung in Zweifel gezogen wurden.

Berichte

Abgesehen von den frühen Anschuldigungen und dokumentierten Berichten über israelische Apartheid unter anderem durch Palästinenser, haben die neueren Berichte zweier israelischer Menschenrechtsorganisationen den Anstoß für weitere, maßgebliche Studien gegeben.

Yesh Din: *Die israelische Besetzung des Westjordanlandes und das Verbrechen der Apartheid: Rechtsgutachten* (<https://s3-eu-west-1.amazonaws.com/files.yesh-din.org/Apartheid+2020/Apartheid+ENG.pdf>)

Yesh Din-Volunteers for Human Rights (Jesch Din – Freiwillige für Menschenrechte, <https://www.yesh-din.org/en/>) ist eine als gemeinnützige Organisation nach israelischem Recht in Israel registrierte israelische Organisation. Ein Team von Freiwilligen arbeitet zusammen mit professionellen MitarbeiterInnen, darunter Anwälte und Menschenrechtsexpertinnen. Im Juni 2020 veröffentlichte Yesh Din ein Rechtsgutachten, das anklagt: „Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid wird im Westjordanland begangen. Die Täter sind Israelis und die Opfer sind Palästinenser“. Der 58-seitige Bericht kommt zu folgendem Schluss:

„Das Verbrechen [der Apartheid] wird begangen, insofern die israelische Besatzung kein 'gewöhnliches' Besatzungsregime (oder ein Regime der Beherrschung und Unterdrückung) ist, sondern eines, das mit einem gewaltigen Kolonisierungsprojekt verbunden ist, das ein Gemeinwesen von Staatsbürgern der Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten geschaffen hat... Im Westjordanland geschieht das Verbrechen der Apartheid insofern, als die israelischen Behörden in diesem Zusammenhang mit einem Regime der Beherrschung und Unterdrückung einer nationalen Gruppe durch eine andere eine Politik praktizieren, die Unmenschlichkeit im Sinne des internationalen Rechts darstellt: Entzug von Rechten für eine nationale Gruppe, Entzug der Ressourcen einer Gruppe und deren Transfer zu einer anderen Gruppe, physische und rechtliche Trennung zwischen den beiden Gruppen und die Anwendung unterschiedlicher Rechtssysteme für jede von ihnen.

B'Tselem: *Ein Regime jüdischer Vormacht vom Jordan bis zum Mittelmeer: Das ist Apartheid* (https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid)

Während der Befund der israelischen Apartheid sich bei Yesh Din nur auf das Westjordanland bezieht, veröffentlichte *B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories*, (das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten, <https://www.btselem.org/>) im Januar 2021 einen Bericht, in dem es heißt: "Das Wesen des zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer existierende Apartheidregimes besteht darin, die Vormachtstellung einer Gruppe über eine andere zu begründen und aufrechtzuerhalten." B'Tselem (hebräisch: "im Bild", vgl. Gen1,26) ist eine unabhängige, überparteiliche und weltweit preisgekrönte israelische Organisation. Der Exekutivdirektor von B'Tselem fasst die Ergebnisse des achtseitigen Berichts wie folgt zusammen: "Israel ist nicht eine Demokratie, zu der eine vorübergehendes Besatzungsgebiet gehört: Es ist ein einziges Regime zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Wir müssen das Gesamtbild im Blick haben als das, was es ist: Apartheid. Dieser nüchterne Blick auf die Wirklichkeit muss nicht Anlass zur Verzweiflung sein, sondern er ist, ganz im Gegenteil, ein Aufruf zur Veränderung. Schließlich haben Menschen dieses Regime geschaffen, und Menschen können es verändern."

Human Rights Watch: *Eine Grenze überschritten – Israelischer Staatsapparat und die Verbrechen der Apartheid und Verfolgung* (<https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>)

Human Rights Watch (HRW) (Beobachtungsstelle für Menschenrechte) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in New York City. Sie hat rund 450 Mitarbeiter, darunter Rechtsanwälte und Journalisten, sowie über 70 LänderexpertInnen. In der Zusammenfassung ihres 213-seitigen Berichts vom April 2021 schreibt HRW: "Gesetze, Politik und Erklärungen führender israelischer Amtsträger machen deutlich, dass das langfristig angestrebte Ziel der Regierungspolitik darin besteht, die jüdisch-israelische Kontrolle über die Bevölkerungsstruktur, die politische Macht und das Land zu behaupten. Dafür wurden Palästinenser aufgrund ihrer Identität von Staats wegen enteignet, eingesperrt, gewaltsam getrennt und in unterschiedlichem Ausmaß unterdrückt. In bestimmten Gebieten sind die Verluste, wie in diesem Bericht beschrieben, so schwerwiegend, dass sie den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, der Apartheid und der Verfolgung erfüllen".

Human Rights Watch hat zu dem Bericht ein dreiminütiges Video erstellt, das die Elemente der Apartheid und den Vorwurf der Apartheid gegen Israel beschreibt (<https://www.youtube.com/watch?v=6TLe4J7Dvd0&t=1s>).

Amnesty International: *ISRAELISCHE APARTHEID GEGEN PALÄSTINENSER – GRAUSAMES HERRSCHAFTSSYSTEM UND VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT* (<https://www.palaestina-portal.eu/Anlagen/Amnesty%20Internationa%20-%20ISRAELISCHE%20APARTHEID-%20deutsche%20Uebersetzung.pdf>)

Amnesty International ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz im Vereinigten Königreich und regionalen Büros in Städten überall auf der Welt (<https://www.amnesty.de/>). Amnesty beschreibt sich selbst als "eine weltweite Bewegung ... unabhängig von jeder politischen Ideologie, wirtschaftlichen Interessen oder Religion". In der Kurzfassung der 278-seitigen Dokumentation vom Februar 2022 über Israels Apartheid-Regime schreibt Amnesty: "Über Jahrzehnte hinweg haben demografische und geopolitische israelische Erwägungen die Politik gegenüber den Palästinensern in den verschiedenen Gebieten Israels, Ost-Jerusalems, des restlichen Westjordanlands und des Gazastreifens auf unterschiedliche Weise geprägt ... Palästinenser erfahren dieses System auf verschiedene Weise und sind der Unterdrückung unterschiedlich stark ausgesetzt, je nach ihrem Status und dem Gebiet, in dem sie leben." Amnesty stellt fest, „dass fast alle zivilen Verwaltungen und Militärbehörden Israels sowie staatliche und quasi-staatliche Institutionen an der Durchsetzung des Apartheidsystems gegen die Palästinenser beteiligt sind."

Vereinte Nationen: *Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten* (https://www.ohchr.org/sites/default/files/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session47/Documents/A_HRC_47_57_AdvanceUneditedVersion.docx)

In einem Bericht an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen vom April 2022 benutzte der Sonderberichterstatter, Michael Lynk, die Kriterien der Anti-Apartheid-Konvention und des Römischen Statuts und kam zu dem Schluss, dass Israels „politisches System der verfestigten Herrschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten ... den üblichen Beweisstandard für das Vorliegen von Apartheid erfüllt“. In seinem sorgfältig mit Anmerkungen versehenen 18-seitigen Bericht dokumentiert Lynk Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte, darunter willkürliche Inhaftierungen, Misshandlungen und Folter, geschlechtsspezifische Gewalt, Einschränkungen des Rechts auf Freizügigkeit, Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie Verletzungen des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Lynk betonte, dass wegen der großen Machtasymmetrie eine internationale Intervention aufgrund eines rechtsbasierten Ansatzes unerlässlich sei.

Al-Haq – Law in the Service of Man (Das Recht – im Dienst am Menschen);

Addameer Prisoner Support and Human Rights Association (arabisch Addameer bedeutet deutsch: Gewissen; Unterstützung für Gefangene und Menschenrechtsverein);

Habitat International Coalition – Housing and Land Rights Networks (Habitat Internationale Vereinigung – Netzwerk Obdach und Landrechte):

Ein Apartheid-Regime über das gesamte palästinensische Volk verhängt und verfestigt – Gemeinsame Eingabe beim Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen, seit 1967 besetzten Gebieten

(https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2022/01/20/final-draft-lynk-s-apartheid-submission-1-1642656045.pdf)

Im Januar 2022 legten drei palästinensische Nichtregierungsorganisationen für Menschenrechte dem UN-Sonderberichterstatter, Michael Lynk, einen sorgfältig recherchierten Bericht vor, als er

seinen Bericht vom April vorbereitete (siehe oben). Zitat aus der 40-seitigen Eingabe:
„Von Anfang an stellte die zentrale rassistische Dimension des Zionismus die Grundlage dar für die unaufhörliche, institutionalisierte rassistische Diskriminierung und das Regime der Apartheid. ... Entgegen der Behauptung, dass Israels fortgesetzte Besetzung sich in Apartheid verwandelt hat, ist Israels Besetzung in Wirklichkeit ein fester Bestandteil des umfassenden Siedlerkolonial- und Apartheidregimes, das Israel immer schon und immer noch dem ganzen palästinensischen Volk aufzwingen wollte.“

Harvard Law School International Human Rights Clinic and Addameer (Juristische Fakultät der Harvard-Universität Cambridge, USA – Menschenrechtslehrgang und Addameer):
Apartheid im besetzten Westjordanland – Eine juristische Analyse der israelischen Praxis,
(<http://hrp.law.harvard.edu/wp-content/uploads/2022/03/IHRC-Addameer-Submission-to-HRC-COI-Apartheid-in-WB.pdf>)

Im Februar 2022 antworteten der 'Menschenrechtslehrgang an der juristischen Fakultät der Harvard-Universität' zusammen mit 'Addameer – Unterstützung für Gefangene und Menschenrechtsverein' auf den Aufruf der Unabhängigen Internationalen UN Untersuchungskommission für die besetzten Gebiete, einschließlich Ostjerusalems und für Israel. Der 22-seitige Bericht mit 130 Anmerkungen konzentriert sich „auf das von Israel im besetzten Westjordanland aufgezwungene Rechtssystem, das unter Verletzung des Völkerrechts den Palästinensern ihre zivilen und politischen Rechte verweigert. Die Vorlage stellt insbesondere fest, dass die Praxis Israels im besetzten Westjordanland eine Verletzung des Verbotes der Apartheid darstellt und auf das Verbrechen der Apartheid gemäß Völkerrecht hinausläuft. Teil I des Berichtes definiert das Verbrechen der Apartheid im Völkerrecht und skizziert entsprechende juristische Normen. Teil II beschreibt das von Israel im besetzten Westjordanland aufgezwungene Rechtssystem mit dem Schwerpunkt auf den diskriminierenden Maßnahmen hinsichtlich der palästinensischen zivilen und politischen Rechte. Teil III untersucht die Gesichtspunkte, die für die Anwendung des Begriffs der Apartheid in diesem Kontext zutreffen, mit dem Ergebnis, dass Israel das völkerrechtliche Verbot der Apartheid verletzt.

Weitere Berichte, Studien, Erklärungen, Bücher und Resolutionen siehe im Anhang 1 am Schluss dieses Dossiers.

Teil 3: APARTHEID: Eine biblisch-theologische Reflexion

"Wir erklären, dass die fortgesetzte Unterdrückung des palästinensischen Volkes eine Angelegenheit von theologischer Dringlichkeit bleibt..... und eine Sünde an der Botschaft der biblischen Propheten und des Evangeliums darstellt, und dass alle Anstrengungen christlicher Gemeinden, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu verteidigen oder zu legitimieren, sei es passiv oder aktiv, durch Schweigen, Worte oder Taten, eine fundamentale Leugnung des Evangeliums darstellen."

Erklärung für einen gerechten Frieden zwischen Palästina und Israel, angenommen von der 33. Generalsynode der Vereinigten Kirche Christi, Juli 2021

Im Jahr 2009 veröffentlichten palästinensische christliche Führungspersonlichkeiten, die ein breites Spektrum von Konfessionen repräsentierten, das historische Dokument „Ein Moment der Wahrheit – Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des palästinensischen Leidens“, kurz „Kairos Palästina“ genannt. Das profunde theologische Dokument ist biblisch begründet und ist ein mutiger, prophetischer Aufruf, der die palästinensische Realität beim Namen nennt. Es spricht von der Verpflichtung der Führungskräfte für ein Leben im Einklang mit dem Willen Gottes

für das Leben aller in Liebe und frei von Unterdrückung.

Kairos Palästina und *Global Kairos for Justice*, eine weltweite Koalition, entstanden in Reaktion auf „Kairos Palästina“, veröffentlichten 2020 den Appell "Cry for Hope: A Call to Decisive Action" (Schrei nach Hoffnung – Aufruf zu entschiedenem Handeln). „Cry for Hope“ ist ein dringender Appell an Christen, Kirchen und ökumenische Gremien „zu entschiedenem Handeln in einer Aufgabe, von der wir meinen, dass sie die Integrität unseres christlichen Glaubens betrifft.“ „Cry for Hope“ ruft die Weltkirche zu sieben konkreten Maßnahmen auf und betont: "Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft feststellt, ... dass Israel ein Apartheidstaat im Sinne des Völkerrechts ist."

Apartheid – unvereinbar mit dem biblischen Glauben

Apartheid ist nicht nur ein im Völkerrecht beschriebenes Verbrechen. Sie ist unvereinbar mit zentralen Aussagen des biblischen Glaubens. Die Kirche ist aufgerufen, sich auf unsere heiligen Schriften zu besinnen, in denen wir lesen, dass Gott am Anfang Adam – Menschheit – als Ebenbild Gottes schuf (Genesis 1,26-28). Sich weigern, das Menschsein irgendeiner Gruppe in ihrer Einzigartigkeit, Schönheit und die Ebenbildlichkeit Gottes anzuerkennen, ist eine Sünde. Die hebräische Bibel spiegelt in weiten Teilen Israels Umgang mit einem Leben unter Besetzungen durch ein Reich nach dem anderen wider. Die Texte bestätigen den Glauben des Volkes an den Gott, der die Unterdrückten befreit. Gottes Selbstoffenbarung in der Aussage: „*ICH BIN DER, DER ICH BIN*“ gehört zur Entstehungsgeschichte Israels, als Gott verkündet: „Ich habe das Elend meines Volkes gesehen ... Ich habe ihr Geschrei über ihre Bedränger gehört ... Ich habe ihre Leiden erkannt. Und ich bin herabgestiegen, das ich sie errette“ (Exodus 3,7-8). Den Schrei eines Volkes nach Gerechtigkeit zu ignorieren, ist eine Sünde.

Später, als die Führer begannen, ihre Macht zu missbrauchen und Gesetze zu erlassen, die das Volk spalteten, indem sie die einen gegenüber den anderen bevorzugten, inspirierte Gott die Propheten zu rufen: „Es ströme das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“ (Amos 5,24; siehe auch Micha 6,8; Jesaja 58,6-8). Das Buch Daniel enthält vielleicht die deutlichste Aufforderung der Bibel, den Reichen dieser Welt zu widerstehen, indem es darauf besteht, dass Gott in seiner Souveränität über alle „Königreiche der Menschen“ herrscht (5,21).

Wir erinnern uns, dass Jesus unter dem Joch des Römischen Reiches geboren wurde. Sein Wirken – die Worte, die er sprach, die Taten, die er vollbrachte, die Beziehungen, die er pflegte, seine Segensworte und die Weherufe – sind am besten zu verstehen auf dem Hintergrund eines Volkes, das unter harter Unterdrückung litt. Die Predigt Jesu in der Synagoge in Nazareth – „zu verkünden den Gefangenen, dass sie frei sein sollen, den Blinden, dass sie sehen sollen und den Zerschlagenen, dass sie frei und ledig sein sollen“ – war sein soziales Manifest (Lk 4,18-19). Es prägte sein Wirken und führte schließlich zu seiner Kreuzigung.

Durch seine Vergebung, Gnade und Verheißung frei geworden, führten seine NachfolgerInnen den Auftrag fort und trugen das Evangelium von Gottes Liebe und befreiender Gegenwart „bis an die Enden der Erde“. Sie beurteilten niemanden nach menschlichem Maßstab, sondern – so wie Christus – im Dienst der Versöhnung (2. Korinther 5,16.18) und indem sie Mauern niederrissen, die trennten (Epheser 2,14).

Wenn die Kirche ein System der Ungerechtigkeit duldet, das der Apartheid eingeschlossen, heißt das, Gott zu fluchen und das Evangelium zu leugnen.

Apartheid: Kirchliche Theologie im Dienste der Staatstheologie

Nachdem der christliche Glaube zur Zeit Kaiser Konstantins imperialisiert worden war, diente die Kirche oft den Zielen des Staates. Als die westlichen Mächte ihre globale Vorherrschaft durch ungezügelten Kapitalismus, Kolonialismus und den Rassismus weißer Überlegenheit begannen, war die Kirche an dem dreifachen Unheil beteiligt, das über die eroberten Völker hereinbrach:

Ausbeutung ihrer Ressourcen, Apartheid und Vernichtung. Die Geschichte ist reich an Beispielen dafür, dass die Kirche gewillt war, diese brutale Realität hinzunehmen, insofern sie ihren politischen Einfluss und ihre Mission in den Dienst des Staates gestellt und dabei einen krassen Missbrauch der

Bibel begangen hat. In Nordamerika ist die Kirche erst jetzt bewusster dabei, Theologien aufzuarbeiten, die den Völkermord an den indigenen Völkern unterstützten, bzw. politische Positionen, die diesen förderten.

Die Welt leidet noch immer unter den Folgen von zwei Beispielen neueren Datums, in denen die Kirche die Theologie im Dienst des Staates benutzt hat: Die "Deutschen Christen" in Nazi-Deutschland und die weißen lutherischen und reformierten Kirchen in Südafrika. Beide artikulierten und förderten eine rassistische Theologie, die eine, indem sie das vermeintlich überlegene politische System des Nationalsozialismus unterstützte, die andere indem sie für die Apartheidgesetze des auf weißem Überlegenheitsanspruch beruhenden Regimes in Südafrika eintrat.

Heute entsteht der christliche Zionismus ebenfalls die biblischen Begriffe Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung, um einer politischen Theologie willen, die die Menschenrechte der Palästinenser missachtet und Israels illegale Kolonisierung gutheißt, sowie militärisch und diplomatisch unterstützt.

Andere kirchliche Gremien, die eine theologisch "ausgewogene" Sichtweise anstreben und ein "zweiseitiges Narrativ" befürworten, übersehen die weitgehend asymmetrische Machtverteilung zwischen Besatzern und Besetzten. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, dass sich die Situation vor Ort in Palästina und in Israel verschlimmert.

Wieder anderen liegt an ihren Beziehungen zu jüdischen Freunden und Kollegen und, indem sie sich der Verantwortung der Kirche für den Antisemitismus bewusst sind, der in den Schrecken des Holocaust gipfelte, enthalten sie sich der Kritik am Apartheidregime des Staates Israel.

Apartheid – ein status confessionis

1933 erklärte der deutsche Theologe Dietrich Bonhoeffer, dass der Entzug der Rechte der Juden durch das Naziregime und die Einmischung des Staates in die Angelegenheiten der Religion die Kirche in den status confessionis versetzte.¹ Der Begriff stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „Bekennnisnotstand“. Eine Frage als status confessionis zu bezeichnen, bedeutet, dass es für das Wesen der Kirche entscheidend ist, in einer bestimmten Frage einen klaren Standpunkt einzunehmen – dass die Kirche mit ihrer Stellung entweder zu der zentralen Aussage des Evangeliums steht oder diese verfehlt. Die „Theologische Erklärung von Barmen“, die im darauffolgenden Jahr verabschiedet wurde, bekräftigte Bonhoeffers Position und betonte die Verpflichtung der Kirche, dem Unrecht zu widerstehen und tyrannischen Ideologien zu wehren. Als die Vereinigte Kirche Christi (United Church of Christ, UCC) auf ihrer Generalsynode 2021 erklärte, Israels Unterdrückung des palästinensischen Volkes ist "eine Angelegenheit von theologischer Dringlichkeit und stellt eine Sünde dar, einen Verstoß gegen die Botschaft der biblischen Propheten und des Evangeliums, und dass alle Bemühungen, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu verteidigen oder zu legitimieren ... eine grundlegende Leugnung des Evangeliums darstellen", erklärte die Kirche faktisch einen status confessionis. Die UCC-Erklärung verbindet die Verpflichtung, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes abzulehnen, mit den Grundlagen des christlichen Glaubens, indem sie sagt: "Deshalb lehnen wir jede Theologie oder Ideologie ab, einschließlich des christlichen Zionismus, des Superzessionismus², des Antisemitismus oder des Antisemitismus, die eine bestimmte Nation, Rasse, Kultur oder Religion innerhalb der universellen Gnadenökonomie Gottes privilegieren oder ausschließen würde." Die UCC war nicht die erste, die eine solche Erklärung abgab. 1964 erklärte der erste Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Willem Visser 't Hooft, dass Rassismus ebenso wie Apartheid in Südafrika einen status confessionis für die Kirchen darstellte. 1977 erklärte der Lutherische Weltbund, dass "die Apartheid einen status confessionis für die Kirche darstellt" und suspendierte 1984 die Mitgliedschaft der weißen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika, die die Apartheid praktizierten. 1982 erklärte der Reformierte Weltbund die Apartheid für unvereinbar

1 Damals ging es noch nicht um die Vernichtung der Juden, sondern um den Entzug ihrer bürgerlichen und politischen Rechte.

2 [„Ersatztheologie“, d.h. die christliche Gemeinde hat Israel im Heilsplan Gottes ersetzt, Anm. d. Übers.].

mit dem christlichen Glauben und suspendierte die Mitgliedskirchen, die die Rassentrennung praktizierten. Die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen bekräftigte 2017, „dass angesichts der Situation des Unrechts und Leids in Palästina und des Schreiens der palästinensischen christlichen Gemeinschaft die Integrität des christlichen Glaubens und seiner Praxis auf dem Spiel steht.“ Die Situation in Palästina/Israel verschlimmert sich zusehends. Es ist jetzt an der Zeit, dass die weltweite Kirche – und jede ihrer Gliederungen – feststellt, dass Israel ein Apartheidstaat ist und sich aktiv und gewaltfrei den Apartheidgesetzen, der entsprechenden Politik und Praxis Israels widersetzt. Warum? Weil sie gegen das Völkerrecht verstoßen und – wichtiger noch – weil sie im Widerspruch stehen zum Evangelium und der gesegneten Gemeinschaft, für die wir arbeiten und beten, „wie im Himmel, so auf Erden“. Genau dies unterscheidet diesen Fall von anderen Fällen der Ungerechtigkeit.
„Es ströme das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“ (Amos 5,24).

Teil 4: APARTHEID: Was verlangt der Herr von der weltweiten Kirche?

Und das Recht ist zurückgewichen,
und die Gerechtigkeit hat sich entfernt;
denn die Wahrheit ist auf der Gasse zu Fall gekommen,
und die Aufrichtigkeit findet keinen Eingang.
Und die Wahrheit ist dahin ...

Das alles sah der Herr und es missfiel ihm sehr,
dass kein Recht war.
Und er sah, dass niemand auf dem Plan war,
und war bestürzt, dass niemand einschritt.
Jesaja 59,14-16

Die Realitäten der israelischen Apartheid wurden aus allen Blickwinkeln beschrieben: rechtlich, sozial, politisch, biblisch und theologisch. Die Schreie der Palästinenser haben ihre lange und brutale Erfahrung der Apartheid offengelegt. Der Prophet Jesaja könnte verkünden: "Der Herr sieht auch dies" – die Ungerechtigkeit, die Wahrheit, die in der Öffentlichkeit zu Fall kommt. Angesichts der unbestreitbaren Wahrheit von Israels Apartheid wissen wir, was der Herr von der weltweiten Kirche verlangt: „Recht halten, Liebe üben und demütig zu sein vor deinem Gott (Micha 6,8).“

Die Kirche hat in der Vergangenheit die Sünde und Ungerechtigkeit der Apartheid beim Namen genannt und ihr widerstanden. Die Kirche ist aufgerufen, erneut ihre Stimme zu erheben.

Apartheid: Die Antworten einiger Kirchen

Unter den Kirchen, die zugeben, dass die israelischen Unterdrückung real ist, gibt es eine Anzahl von Reaktionen, die nicht so weit gehen, die eigentliche Ursache des Leidens der Palästinenser anzusprechen: Israels Apartheid-Regime. Sie sagen zum Gebrauch des Wortes 'Apartheid':

„Nicht hilfreich“

Aber Worte sind wichtig. Die Kirchen sind aufgerufen, das Wort 'Apartheid' zu verwenden, ob sie es hilfreich finden oder nicht. Das Wort Apartheid weist – sowohl in seiner völkerrechtlichen Definition als auch in der Beschreibung der Wirklichkeit vor Ort – auf eine Wahrheit hin. Die Wahrheit ist wichtig, und am wichtigsten ist, dass sie beim Namen genannt wird. Da die Kirchen zwar die Kenntnis haben, aber zögern, den Begriff zu verwenden, fehlt uns eine grundlegende

Motivation, den Dienst Jesu auf uns zu nehmen, nämlich „zu verkündigen das Evangelium den Armen, zu predigen den Gefangenen, dass sie frei sein sollen, ... und die Zerschlagenen zu entlassen in die Freiheit“ (Lukas 4,16ff). Die Apartheid anzuprangern ist eine Bestätigung für die palästinensische Erfahrung. In einer Zeit, in der das Völkerrecht untergraben wird durch systematischen Rassismus, einschließlich Antisemitismus, Autoritarismus und andere Formen der Unterdrückung, die auf wirtschaftlicher, patriarchaler, politischer und militärischer Macht beruhen, motiviert dies die internationale Gemeinschaft, den Rahmen des Völkerrechts auszuloten, anzuwenden und zu stärken. Deshalb ist es äußerst hilfreich, die israelische Apartheid als solche zu benennen und anzuprangern.

„Bricht Brücken ab und beendet den Dialog mit Partnern“

Das ist wahr. Die klare Stellungnahme gegen systemisches Unrecht wird Brücken abbrechen. Wertgeschätzte ökumenische und interreligiöse Beziehungen könnten unterbrochen werden, insbesondere mit denjenigen, die vom Status quo profitieren. Aber wenn wir versuchen, "diplomatischer" zu sein, wenn wir versöhnlich an eine Situation herangehen, die asymmetrisch auf dem Gebrauch von wirtschaftlicher und militärischer Gewalt beruht, dann weichen wir der harten Realität der Palästinenser aus. Wir können erwarten, dass eine prophetische Haltung die Dynamik der traditionellen Dialoge stören wird. Und doch ist das Glaubenstreu: „Was recht ist, dem sollst du nachjagen ...“ (Deuteronomium 16,20). Die Kirchen sind in Zeiten wie diesen aufgerufen, darauf zu vertrauen, dass neue Dialogpartner auftreten werden. Für einstige Partner kann das eine fruchtbare Herausforderung sein. Gespräche, die in Wahrheit, Mitgefühl, Demut und Integrität wurzeln, werden die Verheißung aus Psalm 85,11 erfahren: „... dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen“.

„Gerichten sollte die Entscheidung überlassen bleiben“

Manche behaupten, es sei nicht Sache der Kirche zu entscheiden, ob das Verbrechen der Apartheid vorliege. Die Kirche sollte nicht vorschnell urteilen. Aber es gibt ein biblisches Gebot, eine prophetische Stimme zu erheben, wenn Unrecht geschieht. Es ist genau die Aufgabe der Kirche, die Nationen zur Verantwortung zu ziehen. Kirchen und Religionsgemeinschaften, die auf den Werten des Evangeliums gegründet sind, haben zu unserem Besten die höchsten Standards angelegt und auf der Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte bestanden.

„Es ist strategisch schlecht“

Einige Kirchen haben argumentiert, dass es keine hilfreiche Strategie sei, wenn die Kirche auf die Einhaltung von internationalem Recht und Menschenrechtskonventionen drängt und wenn sie Israels Politik und Praktiken als Apartheid bezeichnet. Aber die Aufmerksamkeit auf Gesetze und Konventionen zu lenken, auf die sich die internationale Gemeinschaft geeinigt hat, ist mehr als ein strategisches Kalkül oder eine politische Strategie. Es ist die glaubensgemäße Entscheidung der Kirche, mit allen Mitteln gegen eine systemische Unterdrückung an ihrer Wurzel anzugehen. Es ist das glaubensgemäße Zeugnis der Kirche gegenüber der Zivilgesellschaft, den führenden Politikern der Welt und den globalen Institutionen, dass die Kirche nicht losgelöst von der menschlichen Gemeinschaft, sondern ein Teil von ihr ist.

„Könnt ihr uns helfen?“

Das Zeugnis der palästinensischen Christen verlangt danach, dass die Weltkirche, ihre Stimme erhebt, aktiv wird und sich der weltweit wachsenden Auffassung, Israel praktiziere Apartheid, anschließt. Aufgrund dieses Zeugnisses kann keine Kirche sagen: „Wir haben es nicht gewusst“, oder trotz ihres Wissens sagen: „Die Geschichte unseres Volkes hindert uns, Stellung zu beziehen.“ In ihrem außergewöhnlichen Appell „Ein Moment der Wahrheit“ haben unsere palästinensischen Geschwister sich „an die Kirchen der Welt“ [KP 6] gerichtet: „Wir bitten unsere Schwesterkirchen, keinen theologischen Deckmantel für das Unrecht, unter dem wir leiden, oder über die Sünde der

uns aufgezwungen Besetzung anzubieten. Unsere Frage an unsere Brüder und Schwestern in den Kirchen heute lautet: Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen?“

Wie wird eure Kirche, euer Rat, eure Konferenz, eure Region oder Synode darauf reagieren? Die biblische Antwort ist klar. Die theologische Antwort ist klar. Neutralität ist keine glaubensgemäße Antwort. Die Realität, dass Israel nach den Definitionen des Völkerrechts und nach ethischem Urteil ein Apartheidstaat ist, zu leugnen oder zu ignorieren, ist keine glaubensgemäße Antwort. Komplizenschaft im Namen interreligiöser Solidarität angesichts einer Situation systematischer Unterdrückung ist keine glaubensgemäße Antwort. Eine theologische und/oder biblische Rechtfertigung von Unterdrückung und Unrecht ist Sünde und Häresie.

Mögen die Worte der Schuleinsicht, zu der sich unsere palästinensischen Freunde in „Ein Moment der Wahrheit“ bekannt haben, uns allen ein Beispiel sein:

„Vielleicht haben wir als Einzelne oder als Oberhäupter unserer Kirche geschwiegen, wo wir unsere Stimme hätten erheben, das Unrecht hätten verurteilen und das Leiden hätten teilen sollen. Dies ist eine Zeit der Buße für unser Schweigen, für unsere Gleichgültigkeit, für unsere mangelnde Gemeinschaft, weil wir unserem Auftrag in diesem Land nicht treu geblieben sind und ihn verraten haben, oder weil wir nicht genug gedacht und getan haben, um zu eine neue, ganzheitliche Vision zu finden. So sind wir voneinander getrennt geblieben, haben unser Zeugnis verleugnet und unser Wort geschwächt. Es ist eine Zeit der Buße für unsere übermäßige Sorge um den Bestand der eigenen Institution, manchmal sogar auf Kosten unseres Auftrags, was zur Folge hatte, dass die prophetische Stimme, die den Kirchen vom Geist gegeben worden ist, stumm geblieben ist.“ [KP 5.2].

Möge unser Glaube uns drängen, einzugreifen, um Unrecht zu richten, auf dass unser Gott nicht enttäuscht sei (Jes 59).

Teil 5: Der palästinensische Appell: "Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen?"

2009 veröffentlichten palästinensische christliche Führungskräfte das historische Dokument "Ein Moment der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen". Wir nannten die palästinensischen Realitäten beim Namen, und beschrieben das Leben, das zu erlösen, Gott am Werk ist. Wir schrieben: "Unsere Frage an unsere Brüder und Schwestern in den Kirchen heute lautet: Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen? Denn das ist die einzige Möglichkeit, beiden Völkern zu Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Liebe zu verhelfen.“ (KP 6,1)

Heute, dreizehn Jahre später, während sich die Lage in Palästina rapide verschlechtert, ist unsere Frage ein dringender, ernster Appell: „Könnt ihr uns zu helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen?“ Wie oben zitiert, gab die angesehene israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem ihrem Bericht vom Januar 2021 den Titel: „A regime of Jewish supremacy from die Jordan River to the Mediterranean Sea: This is Apartheid“ (Ein Regime jüdischer Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer: Das ist Apartheid).

Die Palästinenser sagen das schon seit Jahrzehnten. Jetzt haben es Menschenrechtsorganisationen gesagt; Vertreter der Vereinten Nationen haben es gesagt; Politiker haben es gesagt; Theologen haben es gesagt; südafrikanische Politiker, die die Apartheid erlebt haben und die Apartheid verstehen, haben es gesagt. Selbst jüdische israelische Politiker und Rechtsexperten haben es gesagt. Die Fakten vor Ort sprechen laut und deutlich. Der Nachweis ist erbracht.

„Was werdet ihr tun?“ fragen wir Palästinenser die Kirche, „Was werdet ihr antworten? Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen?“

Eure Antwort bestimmt unsere Zukunft

Für uns Palästinenser ist der Kampf für die Freiheit eine Angelegenheit von größter Bedeutung. Es geht um das Leben und den Lebensunterhalt der Menschen. Es geht um unsere bloße Existenz auf dem Land unserer Vorfahren. Israels Politik und Maßnahmen der Apartheid haben unmittelbar negative Auswirkungen auf Millionen von Palästinensern. Die Existenz Palästinas als erfolgreicher Staat ist in Gefahr. Dennoch handelt Israel ungestraft. Die Welt weigert sich, Israel zur Verantwortung zu ziehen. Abgesehen von verbalen Ermahnungen leidet Israel unter keinerlei Folgen dafür, dass es internationale Gesetze und die Menschenrechtskonventionen missachtet. Die derzeitige Situation ist unerträglich. Infolgedessen entscheiden sich viele Familien – sowohl christliche als auch muslimische –, das Land zu verlassen, um anderswo ein besseres Leben und eine gerechte Zukunft zu finden.

Die Existenz der palästinensischen christlichen Gemeinschaft steht auf dem Spiel. Patriarchen und Kirchenoberhäupter in Jerusalem haben ihre tiefe Besorgnis über die greifbare Bedrohung der künftigen christlichen Präsenz in Jerusalem und im Heiligen Land zum Ausdruck gebracht. Da die Kirche diese Realitäten ignoriert, wird ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Schweigen angesichts von Unrecht ist gleichbedeutend mit der Beteiligung am Unrecht. Schweigen ermächtigt den Unterdrücker. "Können wir euch helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen?"

Worte sind wichtig

Wir sagen: "Worte sind wichtig". Die Sprache, die die Kirche spricht, sagt viel über die Kirche und ihre Antwort auf die aktuellen Probleme. Wir fordern unsere Brüder und Schwestern auf, nicht solche Worte zu wählen, die die Brutalität der an Palästinensern begangenen Verbrechen abschwächen. Wenn die Kirche sich weigert, Israels Gesetze und sein Handeln als Apartheid zu bezeichnen, trägt sie zum Fortbestand der Apartheid bei.

Wir sind beunruhigt, wenn unsere Schwestern und Brüder über ihre Beziehungen zu religiösen Dialogpartnern mehr in Sorge sind als über unser Leben unter brutaler Besatzung. Wir sind beunruhigt, wenn unsere Schwestern und Brüder um ihr Image mehr in Sorge sind als um unser Leiden. Wenn wir mutig über unsere Unterdrückung und die israelische Apartheid sprechen, wird uns oft gesagt, wir würden zu laut schreien. Aber wenn wir leise sprechen, werden wir ignoriert. Es steht zu viel auf dem Spiel – für die Palästinenser, für die palästinensische Kirche, für die weltweite Kirche – um darüber leise zu sprechen und mit beschönigenden Begriffen unser Leiden zu beschreiben.

Die Kirche sollte nicht darauf warten, dass die internationale Gemeinschaft Israels Apartheid offiziell benennt und verurteilt. Nein, eine prophetische Kirche sollte die internationale Gemeinschaft formen und anführen. Eine prophetische, gläubige Kirche schaut nicht von der Seitenlinie aus zu und handelt nur, wenn sie sicher ist, dass sie nichts zu verlieren hat. Die prophetische Kirche sagt der Macht die Wahrheit. Wenn es um Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechte geht, schließen wir uns Petrus und den Aposteln an, die rieten: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29).

Theologie ist wichtig

Die Weltkirche hat zu oft zum Leiden der Palästinenser beigetragen. Die Politik der britischen Kolonialmacht wurde stark von einer Theologie beeinflusst, die die Juden in Palästina sammeln wollte, um die Erlösung der Kirche vorzubereiten. Der christliche Zionismus war und ist eine negative Kraft in der Nahostpolitik. Der Einfluss des christlichen Zionismus zeigt sich sowohl in der massiven finanziellen Unterstützung, die Israel jedes Jahr erhält, als auch in der politischen Lobbyarbeit, die Israel unterstützt und die palästinensischen Christen ignoriert.

In unserem Plädoyer "Ein Moment der Wahrheit" schrieben wir, „dass bestimmte Theologen im Westen versuchen, das uns zugefügte Unrecht biblisch und theologisch zu legitimieren. ... Die

„frohe Botschaft“ des Evangeliums ist für uns zu 'einem Vorbote des Todes' geworden. Wir appellieren an diese Theologen, gründlicher über das Wort Gottes nachzudenken und ihre Auslegung zu korrigieren, damit sie im Wort Gottes eine Quelle des Lebens für alle Völker erkennen können“ (KP 2.3.3). Wir fordern die Kirche auf, die Heilige Schrift zu überdenken und jede Theologie zu verwerfen, die ein Volk gegenüber einem anderen bevorzugt.

Eine neue Vision

Der emeritierte palästinensische Patriarch Michel Sabbah hat eine Vision, in der das Land „wie der Garten Eden, eine Wohnstätte Gottes mit den Menschen und eine Heimat für alle Kinder Gottes“ wird. Seine Vision einer inklusiven Gemeinschaft ist Ausdruck der Auffassung der palästinensischen Christen, dass das Land Gott gehört und nicht irgendeiner Nation, Ethnie oder Religion. Wir alle gehören zu dem Land, dem Land Gottes.

Wie wir 2009 in unserem Plädoyer, „Ein Moment der Wahrheit“, geschrieben haben. „Wir glauben an Gott ... Wir glauben, dass am Ende Seine Güte den Sieg über das Böse des Hasses und des Todes davontragen wird, die noch immer in unserem Land herrschen. Wir werden hier 'ein neues Land' und 'einen neuen Menschen' entdecken, der imstande ist, sich im Geiste der Liebe zu allen seinen Brüdern und Schwestern zu erheben.“ (KP 10)

Der Kampf um unsere Freiheit ist nicht gegen den Staat Israel gerichtet. In „Ein Moment der Wahrheit“ haben wir den Juden gesagt: „Wir haben uns bekämpft und kämpfen auch heute noch gegeneinander, aber wir können auch lieben und miteinander zusammenleben. Wir können unser politisches Leben, in aller seiner Komplexität, nach dem Grundprinzip der Liebe und ihrer Kraft organisieren, wenn erst einmal die Besetzung beendet und die Gerechtigkeit hergestellt ist.“ (KP 5:4.2)

Wir fragen noch einmal. „Könnt ihr uns zu helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen? Denn nur dadurch könnt ihr den beiden Völkern helfen, Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Liebe zu erlangen.“

Anhang 1: Weitere Berichte über Apartheid in Israel

Amb Palestina al Cor: *Apartheid gegen das palästinensische Volk* (<https://novact.org/wp-content/uploads/2012/09/Apartheid-against-the-palestinian-people.pdf>)

Im Jahr 2007 begannen dreißig katalanische Organisationen, die sich für die Friedensförderung im Nahen Osten einsetzen, eine Kampagne der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Im Jahr 2009 veröffentlichte die Gruppe einen 80-seitigen Bericht, in dem sie auf die "Negierung und Missachtung der Menschenwürde [der Palästinenser] hinwies, für die es eine spezifische rechtliche Bezeichnung gibt: das Verbrechen der Apartheid". Weiter heißt es in dem Bericht: "Es ist klar, dass die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung durch Israel ein Verbrechen der Apartheid darstellt." Derzeit wird die Kampagne von mehr als 60 Organisationen unterstützt, darunter NRO-Verbände, Gewerkschaften und politische Parteien.

Russell-Tribunal zu Palästina

(https://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/ngos/RussellTribunalOnPalestine_Israel80.pdf)

Das von der Bertrand-Russell-Friedensstiftung unterstützte Russell-Tribunal für Palästina war "ein internationales bürgerbasiertes Gewissenstribunal, das als Reaktion auf die Forderungen der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, religiöse Organisationen) geschaffen wurde, um die öffentliche Meinung und die relevanten Institutionen und Entscheidungsträger angesichts der anhaltenden Versäumnisse bei der Einhaltung des Völkerrechts im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu informieren und zu mobilisieren". In seinem 9-seitigen Bericht von 2012 fand das Tribunal "mehrere Gründe, um [Israels] Behauptung zu widerlegen, dass es unter israelischer Gerichtsbarkeit keine Apartheid- oder Segregationspraktiken gibt".

UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD): Israel

(<https://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/CERD.C.ISR.CO.14-16.pdf>)

In seinem neunseitigen Bericht aus dem Jahr 2012 äußerte der CERD seine Besorgnis über "die Folgen von [Israels] Politik und Praxis, die auf eine De-facto-Segregation hinauslaufen, wie z.B. die Einführung von zwei völlig getrennten Rechtssystemen und Institutionen für jüdische Gemeinden in illegalen Siedlungen einerseits und die palästinensische Bevölkerung in palästinensischen Städten und Dörfern andererseits. Der Ausschuss ist besonders entsetzt über die hermetische Trennung der beiden Gruppen, die zwar auf demselben Territorium leben, aber weder eine gleichberechtigte Nutzung von Straßen und Infrastrukturen noch einen gleichberechtigten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Wasserressourcen genießen. Diese Trennung wird durch die Umsetzung einer komplexen Kombination von Bewegungseinschränkungen, bestehend aus der Mauer, Straßensperren, der Verpflichtung, getrennte Straßen zu benutzen, und einem Genehmigungssystem, das nur die palästinensische Bevölkerung betrifft, konkretisiert."

Leitfaden: Birzeit University Institute of Law:

Eintreten für die Rechte der Palästinenser im Einklang mit dem Völkerrecht

(<http://lawcenter.birzeit.edu/lawcenter/attachments/article/1482/Advocating%20for%20Palestinian%20rights.pdf>)

Dieser Leitfaden "ist ein Ergebnis der Konferenz 'Options and Strategies of International Law for the Palestinian People', die im Mai 2013 am Birzeit University Institute of Law stattfand. Er soll Nicht-Juristen helfen, das Völkerrecht zu verstehen und auf Israels Unterdrückungsregime gegenüber dem gesamten palästinensischen Volk anzuwenden, und zwar denen in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (OPT), den palästinensischen Bürgern Israels und den

Flüchtlingen seit 1948. Es wird kurz erklärt: 1) warum es nicht ausreicht, nur von "Besatzung" zu sprechen; 2) warum wir zusätzlich zur Besatzung lieber von (Siedler-)Kolonialismus, Bevölkerungstransfer (ethnische Säuberung) und Apartheid sprechen sollten; 3) wie wir dies in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht tun können; und 4) warum Kolonialismus, Bevölkerungstransfer und Apartheid als rechtliche Rahmen hilfreich sind, um Druck auf Dritte aufzubauen, damit diese gegen Israels Unterdrückungsregime vorgehen.

UN Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA): Israels Praxis gegenüber dem palästinensischen Volk und die Frage der Apartheid
(https://www.middleeastmonitor.com/wp-content/uploads/downloads/201703_UN_ESCWA-israeli-practices-palestinian-people-apartheid-occupation-english.pdf)

In einem 64-seitigen Bericht, der 2017 von der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) in Auftrag gegeben wurde, stellen die Autoren „auf der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen und überwältigender Beweise fest, dass Israel sich des Verbrechens der Apartheid schuldig gemacht hat“. Der Bericht "empfiehlt der internationalen Gemeinschaft daher, sofort zu handeln, ohne auf eine formellere Erklärung über die Schuld des Staates Israel, seiner Regierung und seiner Beamten an der Begehung des Verbrechens der Apartheid zu warten."

Erklärungen und Entschließungen

Nachfolgend finden Sie Erklärungen und Entschließungen von UN-, Kirchen-, palästinensischen christlichen und jüdischen Gruppen sowie von anderen internationalen, einschließlich prominenter jüdischer Führungspersonlichkeiten. Erzbischof Desmond Tutu und Präsident Jimmy Carter sind die beiden weltweit bekanntesten Personen, die den Begriff der Apartheid verwendet haben, bevor der Rest der Welt dazu bereit war, diese Bezeichnung zu verwenden. In einem Artikel der israelischen Zeitung Haaretz aus dem Jahr 2014 wurde über einen Besuch Tutus in Palästina und Israel berichtet. Tutu wurde mit den Worten zitiert (<https://www.haaretz.com/2014-03-10/ty-article/israels-treatment-of-palestinians-like-apartheid/0000017f-f422-d47e-a37f-fd3e6e610000>): "Israels Behandlung der Palästinenser erinnert ihn an die südafrikanische Apartheid... Ich habe die systematische Demütigung palästinensischer Männer, Frauen und Kinder durch Angehörige der israelischen Sicherheitskräfte miterlebt. Ihre Demütigung ist allen schwarzen Südafrikanern vertraut, die von den Sicherheitskräften der Apartheid-Regierung eingepfercht und schikaniert, beleidigt und angegriffen wurden." Der Titel des Buches von Präsident Carter aus dem Jahr 2007, das damals weithin verteufelt wurde, sprach – und spricht immer noch – für sich selbst: Palästina: Frieden statt Apartheid (https://www.amazon.com/Palestine-Peace-Apartheid-Jimmy-Carter/dp/0743285034/ref=sr_1_1?adgrpid=1330409640462096&hvadid=83150674522111&hvbmt=be&hvdev=c&hvlocphy=44647&hvnetw=o&hvqmt=e&hvtargid=kwd-83150959370918%3Aloc-190&hydadcr=24601_10624361&keywords=jimmy+carter+peace+not+apartheid&qid=1652396106&sr=8-1).

Frank Chikane, der südafrikanische Pastor und Theologe, der viele Jahre lang unter der Apartheid in Südafrika gelitten und dagegen gekämpft hat, sagte in einer *Rede in Bethlehem im Mai 2022* Folgendes:

"Die Südafrikaner brauchen niemanden, der die Apartheid für sie definiert. Wenn es Apartheid ist, können sie es sehen oder erkennen! ... Nachdem ich Israel und Palästina durchquert und Literatur über die Besatzung (etwa 55 Jahre) und diskriminierende Gesetze, einschließlich unmenschlicher Gesetze, die unter die Definition eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit fallen, gelesen habe, bleibt mir keine andere Wahl, als Israel zu einem Apartheidstaat zu erklären."

Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz, Durban, Südafrika, Erklärung
(<https://www.hurights.or.jp/wcar/E/ngofinaldc.htm>)

Im Jahr 2001 veranstaltete die Generalversammlung der Vereinten Nationen ein weltweites Treffen zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz. Die Erklärung enthielt eine entschiedene Ablehnung "jeglicher Doktrin der rassistischen Überlegenheit...". Die Teilnehmer schrieben: "Wir erkennen, dass Apartheid und Völkermord im Sinne des Völkerrechts Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und wichtige Quellen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz sind, und wir anerkennen das unsägliche Übel und Leid, das davon verursacht wird. Wir bekräftigen, dass wo immer und wann immer diese in Erscheinung treten, sie verurteilt und ihr Auftreten verhindert werden muss."

NGO-Forum der Weltkonferenz gegen Rassismus (WCAR), Durban, Südafrika, WCAR NGO Forum Declaration (<https://www.hurights.or.jp/wcar/E/ngofinaldc.htm>)

Zeitgleich mit der Konferenz der UN-Generalversammlung 2001 (siehe oben) kamen Vertreter lokaler, nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) und anderer Gruppen der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt in einem eigenen Forum zusammen. Die Erklärung des Forums ist das erste Mal, dass eine breite Versammlung der Zivilgesellschaft Israel beschuldigt, Apartheid gegen die Palästinenser zu praktizieren. Neben der Bekräftigung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung, Eigenstaatlichkeit, Unabhängigkeit und Freiheit sowie des Rechts auf Rückkehr, wie es in der UN-Resolution 194 festgeschrieben ist, wird in dem Dokument anerkannt, dass das palästinensische Volk "gegenwärtig unter einer kolonialen, diskriminierenden militärischen Besatzung leidet, die das grundlegende Menschenrecht auf Selbstbestimmung verletzt. Dazu gehört die illegale Umsiedlung israelischer Bürger in die besetzten Gebiete und die Errichtung einer permanenten illegalen israelischen Infrastruktur sowie anderer rassistischer Methoden, die auf Israels Apartheid und andere rassistische Verbrechen gegen die Menschheit hinauslaufen". Das Dokument erkannte ferner an, dass "das palästinensische Volk nach internationalem Recht das eindeutige Recht hat, sich dieser Besatzung mit allen nach internationalem Recht vorgesehenen Mitteln zu widersetzen, bis es sein grundlegendes Menschenrecht auf Selbstbestimmung verwirklicht und das rassistische israelische System einer eigenen Art von Apartheid beendet hat."

American Friends Service Committee, Warum AFSC den Begriff "israelische Apartheid" verwendet (<https://www.afsc.org/blogs/news-and-commentary/why-afsc-uses-term-israeli-apartheid>)

"Bereits 2003 begannen palästinensische Menschenrechtsorganisationen (mit Unterstützung von südafrikanischen Anti-Apartheid-Aktivist:innen), die Situation in Israel und Palästina als Apartheid zu bezeichnen. In den folgenden zwei Jahrzehnten warnten verschiedene internationale und israelische Führungspersönlichkeiten, darunter der ehemalige Präsident Jimmy Carter, die israelischen Premierminister Ehud Olmert und Ehud Barak sowie der ehemalige US-Außenminister John Kerry, dass Israel ohne Veränderungen zu einem Apartheidstaat werden würde.

"Wir verwenden den Begriff, um die Realitäten der Ungleichheit und Diskriminierung auf beiden Seiten der grünen Linie in Israel und Palästina genau zu beschreiben. Wir verwenden ihn, um deutlich zu machen, dass wir uns nicht nur für ein Ende der israelischen Besatzung einsetzen, sondern auch für Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Menschen in Israel und Palästina, unabhängig von ihrem Wohnort."

Dr. Jerry Pillay³, *Apartheid im Heiligen Land: Theologische Überlegungen zur Situation in Israel und/oder Palästina aus südafrikanischer Sicht*

(<https://hts.org.za/index.php/hts/article/download/3434/8739>)

2016 veröffentlichte die HTS Theologiese Studies/Theologische Studien, eine Open-Access-Ressource, einen Artikel von Dr. Jerry Pillay, einem Fakultätsmitglied der Abteilung für Kirchengeschichte und Kirchenpolitik an der Universität von Pretoria, Südafrika. „Die zentrale These dieses [9-seitigen] Artikels ist, dass die israelisch-palästinensische Situation große Ähnlichkeiten mit der Erfahrung der Apartheid in Südafrika aufweist, die sich in der Kolonisierung, dem Krieg und der Zwangsvertreibung der Menschen in Palästina zeigt. In diesem Artikel wird zunächst versucht, diesen Apartheid-Vergleich aufzuzeigen und dann die theologischen Implikationen der Fragen von Gerechtigkeit und Versöhnung in Israel-Palästina zu erörtern, indem auf den südafrikanischen Kontext Bezug genommen wird. Ausgehend von der südafrikanischen Erfahrung bietet der Artikel auch einige Überlegungen über die Rolle der Kirche im israelisch-palästinensischen Kontext.“

National Coalition of Christian Organizations in Palestine (NCCOP),

Offener Brief an den Ökumenischen Rat der Kirchen und die ökumenische Bewegung

(<https://www.kairopalestine.ps/index.php/resources/statements/nccop-open-letter-to-the-wcc>)

Im Jahr 2017 kamen dreiunddreißig christliche Organisationen – Mitglieder der NCCOP – in Bethlehem zusammen und schrieben einen offenen Brief an den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und die globale ökumenische Gemeinschaft. Darin forderten sie den ÖRK unter anderem auf, "Israel als Apartheidstaat anzuerkennen". Sie baten: "Wir brauchen Ihre konsequente Solidarität. Wir brauchen mutige Frauen und Männer, die bereit sind, sich an die Spitze zu stellen. Dies ist nicht die Zeit für oberflächliche christliche Diplomatie. ... Die Dinge sind mehr als dringend. Wir befinden uns am Rande eines katastrophalen Zusammenbruchs. Der derzeitige Status quo ist unhaltbar...."

Unabhängige UN-Menschenrechtsexperten, Apartheid des 21. Jahrhunderts

(<https://news.un.org/en/story/2020/06/1066452>)

Im Juni 2020 riefen siebenundvierzig unabhängige Menschenrechtsexperten die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich dem angekündigten Plan Israels zu widersetzen, ab Mitte 2020 große Teile des besetzten palästinensischen Westjordanlandes zu annektieren. Sie schrieben: "Israel hat kürzlich versprochen, dass es die permanente Sicherheitskontrolle zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan aufrechterhalten wird. Der Morgen nach der Annexion wäre somit die Verfestigung einer bereits ungerechten Realität: zwei Völker, die im selben Raum leben, vom selben Staat regiert werden, aber mit zutiefst ungleichen Rechten. Dies ist das Gesicht einer Apartheid des 21. Jahrhunderts."

Global Kairos for Justice, Schrei nach Hoffnung: Ein Aufruf zu entschlossenem Handeln

(s.u. Anhang 2)

Im Juli 2020 veröffentlichte Global Kairos for Justice (GKJ) – eine weltweite Koalition, die als Reaktion auf das Kairos-Palästina-Dokument "A Moment of Truth" entstanden ist – einen dringenden Aufruf an Christen, Kirchen und ökumenische Einrichtungen, sieben konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Apartheid in Israel anzuerkennen und zu beenden. Unter Berufung auf eine Liste von Maßnahmen der US-Regierung, die Israel blindlings unterstützt, heißt es in dem Dokument: "Angesichts dieser Ereignisse ist es an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft Israel als Apartheidstaat anerkennt."

3 Prof. Pillay wurde im Juni 2022 zum neuen Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen gewählt.

Internationaler Strafgerichtshof, Erklärung der IStGH-Anklägerin Fatou Bensouda zur Untersuchung der Lage in Palästina (<https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-fatou-bensouda-respecting-investigation-situation-palestine>)

Im Jahr 2021 druckte der Internationale Strafgerichtshof in einer Pressemitteilung eine Erklärung der IStGH-Anklägerin Fatou Bensouda ab, in der sie die Einleitung der Ermittlungen des Gerichts wegen angeblicher Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht ankündigte. Bensouda sagte: "Die Entscheidung, eine Untersuchung einzuleiten, folgte nach sorgfältiger Voruntersuchung, die von meiner Behörde durchgeführt wurde und fast fünf Jahre dauerte. Während dieses Zeitraums hat die Behörde in Übereinstimmung mit unserer üblichen Praxis mit einem breiten Spektrum von Akteuren zusammengearbeitet, einschließlich regelmäßiger und produktiver Treffen mit Vertretern der Regierungen Palästinas bzw. Israels". In ihrer Erklärung mahnte die Staatsanwältin: "Ermittlungen brauchen Zeit und müssen objektiv auf Fakten und Recht beruhen."

United Church of Christ General Synod: Erklärung für einen gerechten Frieden zwischen Palästina und Israel (<https://www.globalministries.org/wp-content/uploads/2021/07/General-Synod-2021-Resolution-I-P.pdf>)

Auf ihrer gesamtkirchlichen Synode 2021 verabschiedete die Vereinigte Kirche Christi eine Resolution, in der die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel als "eine Angelegenheit von theologischer Dringlichkeit [bezeichnet wird], die eine Sünde darstellt, die gegen die Botschaft der biblischen Propheten und des Evangeliums verstößt". Die Resolution verwies auf "Israels Apartheidsystem von Gesetzen und Gerichtsverfahren".

Ehemalige israelische Botschafter: Es ist Apartheid (<https://www.groundup.org.za/article/israeli-ambassadors-compare-israel-south-africa/>)

Im Jahr 2021 verfassten zwei ehemalige israelische Botschafter in Südafrika auf der südafrikanischen Website Ground Up (<https://www.groundup.org.za/about/>) einen OpEd, in dem sie erklärten: "Es ist klarer denn je, dass die Besatzung nicht vorübergehend ist und dass es in der israelischen Regierung nicht den politischen Willen gibt, sie zu beenden." **Ilan Baruch** war israelischer Botschafter in Südafrika, Namibia, Botswana und Simbabwe; **Dr. Alon Liel** war israelischer Botschafter in Südafrika und Generaldirektor des israelischen Außenministeriums. Sie schrieben: „Israel, die einzige souveräne Macht in diesem Land, diskriminiert systematisch auf der Grundlage von Nationalität und ethnischer Zugehörigkeit. Ein solcher Sachverhalt ist, wie wir gesehen haben, Apartheid. Es ist an der Zeit, dass die Welt erkennt, dass das, was wir vor Jahrzehnten in Südafrika gesehen haben, auch in den besetzten palästinensischen Gebieten geschieht. Und so wie sich die Welt dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika angeschlossen hat, ist es an der Zeit, dass die Welt auch in unserem Fall entschlossene diplomatische Maßnahmen ergreift und sich für den Aufbau einer Zukunft der Gleichheit, Würde und Sicherheit für Palästinenser und Israelis gleichermaßen einsetzt.

Christian Church (Disciples of Christ) in den USA und Kanada, Zum Zeugnis gezwungen (<https://cdn.disciples.org/wp-content/uploads/2022/02/22222959/Compelled-to-Witness-DoC-I-P-Feb-2022.pdf>)

Im Februar 2022 veröffentlichte die Leitung der Christian Church (Disciples of Christ) den Hirtenbrief "Compelled to Witness" (Zum Zeugnis verpflichtet), der vom Vorstand der Abteilung für Dienste in Übersee der Kirche gebilligt wurde und sich sowohl an die Denomination der Jünger als auch im Namen der Denomination an die Welt richtet. Darin heißt es unter anderem: "Die israelische Politik und Praxis, die Palästinenser – Christen und Muslime gleichermaßen – diskriminiert, entspricht der völkerrechtlichen Definition des Verbrechens der Apartheid".

Jüdische Stimme für den Frieden, *Israelische Apartheid und der Weg zur Teshuvah* (<https://www.jewishvoiceforpeace.org/2022/02/jvp-rabbinic-council-apartheid/>)

In einem Offenen Brief des Rabbinatsrates der Jüdischen Stimme für den Frieden vom Februar 2022 an die jüdische Gemeinschaft heißt es (<https://www.jewishvoiceforpeace.org/>): „Als Juden mit Gewissen hat Israels Apartheidsystem eine moralische Notlage für uns geschaffen. Wir können uns nicht abwenden. Stattdessen verlangen wir nach solchen Gesprächen, die die Realität vor Ort genau widerspiegeln, eine Realität, die B'Tselem Jewish Supremacy nennt. ...“

Michael Benyair, ehemaliger Generalstaatsanwalt Israels: *Mit großer Traurigkeit stelle ich fest, dass mein Land jetzt ein Apartheidregime ist* (<https://www.thejournal.ie/readme/israel-apartheid-5678541-Feb2022/>)

Im Februar 2022 schrieb der ehemalige Generalstaatsanwalt Israels, Michael Benyair, in einem Beitrag für die Zeitschrift 'The Journal': "Mit großer Traurigkeit muss auch ich feststellen, dass mein Land politisch und moralisch so tief gesunken ist, dass es jetzt ein Apartheidregime ist. Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft diese Realität ebenfalls anerkennt." Benyair, ein ehemaliger amtierender Richter am Obersten Gerichtshof Israels, schrieb weiter: "Der Status quo vor Ort ist eine moralische Schändlichkeit. Die Hemmung seitens der internationalen Gemeinschaft, sinnvolle Schritte zu unternehmen, um Israel für das Apartheidregime, das es aufrechterhält, zur Rechenschaft zu ziehen, ist inakzeptabel."

Jewish Electorate Institute, *Juli 2021 Nationale Umfrage unter jüdischen Wählern*
(<https://www.jewishelectorateinstitute.org/july-2021-national-survey-of-jewish-voters/>)

Eine vom Jewish Electorate Institute in Auftrag gegebene Umfrage vom Juli 2021 ergab, dass 34 % der amerikanischen Juden der Aussage zustimmen, dass Israels Behandlung der Palästinenser dem Rassismus in den Vereinigten Staaten ähnlich ist. Etwa 25% stimmten zu, dass "Israel ein Apartheidstaat ist" und 22% stimmten zu, dass "Israel einen Völkermord an den Palästinensern begeht". 58% sagten, dass es angemessen wäre, die Hilfe für Israel einzuschränken, damit es keine US-Gelder für Siedlungen ausgeben kann. Die Zahlen stiegen bei den jüngeren Juden; mehr als ein Drittel der unter 40-Jährigen bezeichnete Israel als "Apartheidstaat".

Independent Jewish Voices (IJV), *Gemeinsam gegen Apartheid*
(<https://togetheragainstapartheid.org/>)

Im März 2022 startete 'Independent Jewish Voices Canada' eine Kampagne mit dem Namen *Together Against Apartheid*. Laut Pressemitteilung zielt die Kampagne darauf ab, die Menschen im ganzen Land aufzuklären und zu befähigen, die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel zu beenden (<https://www.ijvcanada.org/new-campaign-brings-canadians-together-against-apartheid-in-israel/>).

Ausgewählte Bücher

- Brian Brown: *Apartheid South Africa! Apartheid Israel!: Ticking the Boxes of Occupation and Dispossession* (2022)
- Ben White: *Israeli Apartheid: A Beginner's Guide* (2009) and *Cracks in the Wall: Beyond Apartheid in Palestine/Israel* (2018)
- Uri Davis, *Israel, an Apartheid State* (1987) und: *Apartheid Israel: Possibilities for the Struggle Within* (2003)
- Ilan Pappé (Hrsg.): *Israel and South Africa: The Many Faces of Apartheid* (2015)
- Ghada Ageel (Hrsg.): *Apartheid in Palestine: Hard Laws and Harder Experiences* (2016)

Anhang 2: DER PALÄSTINENSISCHE AUFRUF AN DIE KIRCHEN DER WELT



Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln

Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!

Veröffentlichungsdatum 1. Juli 2020 (orig.: <https://www.cryforhope.org/>)

Wir, Kairos Palästina und die weltweite Koalition „Globaler Kairos für Gerechtigkeit“, die entstand als Antwort auf das Kairos Palästina Dokument *„Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“*, richten diesen dringenden Aufruf an ChristInnen, Kirchen und ökumenische Organisationen. Wir tun dies zusammen mit engagierten ChristInnen in Palästina und der ganzen Welt. Dies ist ein **Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln** in einer Angelegenheit, bei der es um die Integrität unseres christlichen Glaubens geht.

Wir haben einen kritischen Punkt im Kampf für die Beendigung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes erreicht. Mit der *Annahme des Nationalstaatsgesetzes* von 2018 hat der Staat Israel die institutionelle Diskriminierung in Israel und den palästinensischen Landesteilen legalisiert. Damit beraubt er die PalästinenserInnen offiziell ihres Rechts auf Leben, Grundversorgung und auf eine Zukunft in ihrem Heimatland. Die *jüngsten Akte der US-Regierung* haben Israels kontinuierliches Projekt unterstützt, sich Land anzueignen und die Kontrolle über das gesamte palästinensische Territorium zu erlangen. Im Einzelnen handelt es sich um die Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem im Jahr 2018, 2019 ihre Ankündigung, die Siedlungen im Westjordanland nicht mehr als „völkerrechtswidrig“ anzusehen, und Anfang 2020 den sogenannten Friedensplan. Angespornt durch die US-amerikanische Unterstützung und ermutigt durch die zahnlose Antwort der internationalen Gemeinschaft hat *die gerade gebildete israelische Koalitionsregierung* den Weg freigemacht für die vollständige Annexion ungefähr eines Drittels des besetzten Westjordanlands einschließlich des Jordantals. Diese Entwicklungen machen nun noch klarer, dass es endgültig vorbei ist mit der Illusion, dass *Israel und die Weltmächte* beabsichtigen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Würde, Selbstbestimmung und die vom Völkerrecht garantierten fundamentalen Menschenrechte einschließlich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu beherzigen und zu verteidigen. Im Licht dieser Ereignisse, speziell der Verabschiedung des „Nationalstaatsgesetzes“, ist es Zeit für die Internationale Gemeinschaft anzuerkennen, dass Israel ein Apartheidstaat im Sinn des Völkerrechts ist.

Indem wir diese Realität anerkennen, sehen wir, dass es als Jesus Nachfolgende an uns ist, entschieden zu handeln. **Das Kirchesein der Kirche, die Integrität des christlichen Glaubens und die Glaubwürdigkeit des Evangeliums stehen auf dem Spiel.** Wir erklären, dass die Unterdrückung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes, sei es aktiv oder passiv, durch Schweigen, mit Worten oder Taten, Sünde ist. Wir stellen fest, dass christliche Unterstützung des Zionismus als einer Theologie oder Ideologie, die das Recht eines Volkes legitimiert, einem anderen die Menschenrechte zu verweigern, unvereinbar mit dem christlichen Glauben und ein schwerer Missbrauch der Bibel ist.

Wir rufen alle ChristInnen und die Kirchen auf gemeindlicher, konfessioneller, nationaler und weltweiter ökumenischer Ebene auf, sich in einem Prozess des Studierens, Reflektierens und Bekennens zu engagieren. Es geht dabei um die historische und systemische Entrechtung des palästinensischen Volkes und um den Missbrauch der Bibel, mit dem viele diese Unterdrückung rechtfertigen und unterstützen. Wir rufen die Kirchen auf, darüber zu reflektieren, wie ihre eigenen Traditionen die heilige Pflicht zum Ausdruck bringen können, die Integrität der Kirche und des

christlichen Glaubens in Bezug auf diese Frage aufrechtzuerhalten. Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen.

Angesichts dieses Kairos sind wir uns des **Glaubens- und Handlungsvermögens** derjenigen bewusst, die uns vorausgingen und mit dringlichen Krisensituationen konfrontiert waren.

- 1933 erklärte der deutsche Pfarrer *Dietrich Bonhoeffer*, dass die Entrechtung der Juden durch das Nazi-Regime und der Eingriff des Staates in Religionsangelegenheiten den *status confessionis* für die Kirche bedeute.
- Die *Barmer Theologische Erklärung* von 1934 verstärkte die Verpflichtung der Kirche, gegen Ungerechtigkeit aufzustehen und unmissverständlich den Ideologien der Tyrannei zu widerstehen.
- 1964 stellte der erste Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Willem *Visser't Hooft*, fest, dass Rassismus wie Apartheid einen *status confessionis* (Bekenntnisfall) für die Kirchen darstellt. Der ÖRK ließ diesem Wort Taten folgen, indem er 1969 das mutige und weit reichende Programm zur Bekämpfung des Rassismus durchführte.
- 1977 erklärte der *Lutherische Weltbund (LWB)*, dass Apartheid einen *Status Confessionis* für die Kirche darstellt, und suspendierte 1984 die Mitgliedschaft der weißen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika, die Apartheid praktizierten. 1982 erklärte der *Reformierte Weltbund (RWB)* Apartheid für unvereinbar mit dem christlichen Glauben und suspendierte die Mitgliedskirchen, die Rassentrennung praktizierten.
- Die *Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK)* bekräftigte 2017, „dass angesichts der Situation der Ungerechtigkeit und des Leidens in Palästina und aufgrund des Notschreis der palästinensischen christlichen Gemeinde die Integrität von christlichem Glauben und Leben auf dem Spiel steht“. Sie gaben dem Generalsekretär sechs unmittelbare Handlungsanweisungen auf.
- Seit 2009 entstanden weltweit Kairos Dokumente von *ökumenischen Organisationen* als Antwort auf das Kairos Dokument „Die Stunde der Wahrheit“ der palästinensischen Christen. Darin kommt die Verpflichtung zum Handeln und die theologische Bekräftigung dieses prophetischen Aufrufs der palästinensischen Kirchen zum Ausdruck.

Die gegenwärtige Situation ruft nach Handeln – ebenso kühn, ebenso treu und ebenso entschieden. Die Zeit der Entscheidung ist gekommen. „Als Christen und Palästinenser wenden wir uns an...unsere christlichen Brüder und Schwestern in den Kirchen in aller Welt“, heißt es im Kairos Palästina Dokument von 2009. 2017, acht Jahre später, schrieb die Nationale Koalition Christlicher Organisationen in Palästina in ihrem Offenen Brief an den ÖRK und die ökumenische Bewegung: „Die Lage ist mehr als dringlich. Wir stehen an der Schwelle eines katastrophalen Kollapses. Dies ist nicht eine Zeit für schale Diplomatie, ihr Christen!“ Jetzt, nach weiteren drei Jahren, ist dies ein Hoffnungsschrei an unsere Brüder und Schwestern in aller Welt.

Wir laden unsere MitchristInnen, Ortsgemeinden, Kirchen und internationale ökumenische Organisationen ein, unser gemeinsames Zeugnis anzunehmen und zu beantworten, dem Prozess des Bekennens beizutreten und selber Prozesse zu initiieren mit dem Ziel, die Unterdrückung der Palästinenser und Palästinenserinnen sowie den Missbrauch der Bibel zur Rechtfertigung dieses Unrechts in aller Form zu verwerfen und sich zu folgenden Aktionen zu verpflichten:

- *Prozesse auf lokaler, konfessioneller und ökumenischer Ebene* zu initiieren, um den gegenwärtigen Kairos und die dringende Pflicht zur Entscheidung und zum Handeln angesichts der Entrechtung der Palästinenser und des Missbrauchs der Bibel zu diesem Zweck zu erkennen. Damit wird die Einheit der Kirche im engagierten Aufstehen gegen Unrecht, wo immer es geschieht, zum Ausdruck kommen.
- *Theologien und Bibelverständnisse* zu studieren und kritisch zu beurteilen, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung des palästinensischen Volks benutzt werden. Eine Theologie vorzustellen, die prophetisch zu einer inklusiven Vision des Landes für Israelis

und Palästinenser aufruft und so bekennt, dass der Schöpfergott ein Gott der Liebe, der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, nicht aber der Diskriminierung und Unterdrückung ist.

- *Das palästinensische Recht zum Widerstand* gegen die Besetzung, Enteignung und Entzug ihrer Grundrechte zu bekräftigen und an die Seite der Palästinenser in ihrem kreativen und gewaltfreien Widerstand zu treten. Der palästinensische Aufruf zum Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) von 2005 bietet einen Rahmen für ökonomische, kulturelle und akademische Maßnahmen und für politische Interventionen als gewaltfreie Mittel, die Besetzung und Unterdrückung zu beenden. Der Zweck von BDS ist nicht, Israel zu bestrafen oder zu isolieren. Vielmehr geht es darum, Druck auf Israel auszuüben, sich an das Völkerrecht zu halten und Regierung und Volk aufzurufen, im Geist des Wortes Gottes auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens zu treten und so für das eigene Recht und das der PalästinenserInnen einzustehen.
- *Die Regierungen und internationalen Institutionen* aufzufordern, politische, diplomatische und wirtschaftliche Mittel einzusetzen, um Israels Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts zu beenden.
- *Dem Antisemitismus* durch Arbeit für Gerechtigkeit und gegen Antijudaismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ebenso wie der Gleichsetzung von Kritik am Unrechthandeln des Staates Israel mit Antisemitismus *entgegenzutreten*.
- *Gemeinsame Initiativen von Israelis und Palästinensern* sowie interreligiöse Partnerschaften zu unterstützen, die gegen Apartheid und Besetzung kämpfen und Gelegenheiten schaffen, für eine gemeinsame Zukunft gegenseitigen Respekts und der Würde einzutreten.
- *„Kommt und seht“* die Realität im Heiligen Land mit Augen, die Mitgefühl für die Leiden der PalästinenserInnen haben. Übt Solidarität mit Basisinitiativen in allen Glaubensgemeinschaften und säkularen Gruppen, die der Besetzung den Kampf ansagen und für gerechten Frieden arbeiten.

Wir machen diesen Aufruf aus **Sorge für die Zukunft beider Völker**. In der Sprache von Kairos Palästina ist er in der *Logik der Liebe* verwurzelt, die danach trachtet, sowohl Unterdrücker und Unterdrückte zu befreien, um eine neue Gesellschaft für alle Menschen des Landes zu schaffen. Wir halten weiter an der Hoffnung fest, die im Kairos Dokument ausgedrückt wird, dass Palästinenser und Israelis eine gemeinsame Zukunft haben, dass „wir unser politisches Leben, in all seiner Komplexität, nach dem Grundprinzip der Liebe und ihrer Kraft organisieren können, wenn erst einmal die Besetzung beendet und die Gerechtigkeit wiederhergestellt ist“. Als Jesus Nachfolgende antworten wir auf Ideologien der Exklusivität und der Apartheid damit, dass wir eine Vision der Inklusion und Gleichheit aller Menschen des Landes aufrecht erhalten und uns hartnäckig dafür einsetzen, dass sie umgesetzt wird.

Wir bekennen, dass wir mit unserem Einsatz als ChristInnen für die Befreiung des palästinensischen Volkes der Theologie des Imperiums widerstehen – einer globalen Ordnung der Herrschaft, die sich in rassistischer, wirtschaftlicher, kultureller und ökologischer Unterdrückung manifestiert, welche die Menschheit und Gottes ganze Erde bedroht. Mit diesem Bekenntnis nehmen wir unsere Zugehörigkeit zur Gemeinschaft des gebrochenen Brotes und der Kirche wahr in der Erfüllung ihrer Mission, allen die gute Botschaft von Gottes Gabe der Liebe, der Barmherzigkeit, des Mitgefühls und des Lebens in Fülle für alle zu bringen.

H.B. Michel Sabbah

H.B. Michel Sabbah
Patriarch Emeritus: Latin Patriarchate
of Jerusalem
President: Kairos Palestine

Rifat Kassis

Rifat Kassis
General Coordinator: Global Kairos
for Justice

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Einführung	3
Teil 1: APARTHEID: Definition	4
Teil 2: APARTHEID: Berichte und Erklärungen, die Israels Schuld dokumentieren	6
Teil 3: APARTHEID: Eine biblisch-theologische Reflexion	10
Teil 4: APARTHEID: Was verlangt der Herr von der weltweiten Kirche?	13
Teil 5: Der palästinensische Appell: "Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wiederzuerlangen?"	15
Anhang 1: Weitere Berichte über Apartheid in Israel	18
Anhang 2: DER PALÄSTINENSISCHE AUFRUF AN DIE KIRCHEN DER WELT: Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln	24

